

Bauministerin Hubertz: Bau-Turbo soll Wohnungsnot bekämpfen!

Verena Hubertz plant einen „Bau-Turbo“ zur Steigerung des Wohnungsbaus in Deutschland. Hohe Mieten und drohende Proteste stehen im Fokus.



Deutschland - Die neue Bauministerin Verena Hubertz kündigt eine Wende im deutschen Wohnungsbau an. Nachdem die Ampelkoalition ihr Versprechen von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr klar verfehlt hat und lediglich 251.900 Einheiten im Jahr 2024 erbaut wurden, plant Hubertz, die Situation in den kommenden 100 Tagen erheblich zu verbessern. Statistiken des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die Zahl der neu gebauten Wohnungen um 14,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist, was 42.500 weniger bedeutet.

Hubertz strebt einen „Bau-Turbo“ an, um Antrag- und Bearbeitungszeiten zu verkürzen und Baukosten zu senken. Um dies zu erreichen, will sie eine „Brechstange“ im Baugesetz

einführen, die es ermöglichen soll, schneller zu bauen. Diese Maßnahmen sind notwendig, da die hohen Zinsen und Baukosten insbesondere bei Einfamilienhäusern einen Rückgang von 22,1 Prozent und bei Zweifamilienhäusern einen Rückgang von 26,2 Prozent bewirken.

Baugesetznovellen im Bundestag

Am 19. Dezember 2024 debattierte der Bundestag über zwei wesentliche Gesetzentwürfe. Der erste, eingereicht von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zielt auf eine Verlängerung der Mietpreisbremse bis 2029 ab. Dies soll verhindern, dass sich der Anstieg der Wiedervermietungsmieten negativ auf einkommensschwache Haushalte auswirkt. Das zweite, von der FDP vorgeschlagene Bau-Turbo-Gesetz, beabsichtigt die Schaffung befristeter Sonderregelungen im Baugesetzbuch zur schnelleren Realisierung von Wohnbauprojekten. Die zahlreichen bürokratischen Hürden und langen Genehmigungsverfahren stehen dem schnellen Wohnungsbau entgegen.

Beide Gesetzentwürfe wurden an die zuständigen Ausschüsse überwiesen, wobei der Koalitionsentwurf den Rechtsausschuss und der FDP-Entwurf den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen betrifft. Hubertz und andere Koalitionspartner sind sich einig, dass strukturelle Ungleichgewichte zwischen Mietern und Vermietern abgebaut werden müssen. Nettokaltmieten sind seit 2010 um 64 Prozent gestiegen, was von DGB-Vorstand Stefan Körzell scharf kritisiert wurde, da Mieter mittlerweile zwischen 30 und 40 Prozent ihres Einkommens für Miete aufwenden müssen.

Soziale Aspekte und Proteste

Zudem ist die Wohnraumnot in Deutschland evident, da 11,5 Millionen Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, jedoch nur schwer eine erhalten können. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, haben 180 Organisationen, organisiert vom

DGB, bundesweite Protestaktionen gegen hohe Mieten geplant. Die Grünen und Linken haben eigene Gesetzentwürfe gegen Mietwucher vorgestellt. Während die Grünen eine Mieterhöhung von maximal 9 Prozent in drei Jahren fordern, möchten die Linken überhöhte Mieten leichter ahnden und setzen sich für 30 Prozent gemeinnützlichen Wohnungsbau ein.

Hubertz hat angekündigt, dass die Mietpreisbremse verlängert werden soll und appelliert an die Notwendigkeit, sowohl Mieter- als auch Vermieterinteressen angemessen zu berücksichtigen. Diese Entwicklungen zeigen das große Spannungsfeld zwischen den Zielen der Regierung und den Bedürfnissen der Mieter in Deutschland.

Für weiterführende Informationen zu diesem Thema besuchen Sie bitte: **Tagesschau**, **Bundestag Textarchiv** und **weitere Details auf Bundestag.de**.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• www.tagesschau.de • www.bundestag.de • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de